

Prävention als Kampfsportart

Fred Paccaud

In der Sendung «10 vor 10» vom 21. April fand eine neue Episode in der oft chaotischen Geschichte der Prävention in der Schweiz statt. Einige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, allen voran der Gewerbeverband, kritisierten lautstark die Präventionsmassnahmen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Beklagten sie sich über allfällige wirtschaftliche Schäden für Industrie und Gewerbe? Verlangten sie Übergangsfristen für die Einführung der Massnahmen? Weder noch. Sie sprachen von der Bedeutung der individuellen Freiheit, kritisierten eine freiheitsfeindliche Public-Health-Politik und verurteilten die Verschleuderung von Steuergeldern für unnötige Massnahmen. An Zynismus nicht mehr zu überbieten war die Aussage des Vertreters der Werbeindustrie, der im besorgten Tonfall forderte, dass das BAG uns nicht vorschreiben darf, was auf unseren Teller kommt. Wahrlich eine Expertenaussage!

Die Aussagen des «10 vor 10»-Berichtes wurden in einer Reihe von Presseartikeln aufgenommen. Darin wurde BAG-Direktor Thomas Zeltner als Gesundheitstaliban beschimpft und die Gründung einer Allianz von 20 Wirtschaftsverbänden (darunter Economiesuisse und Arbeitgeberverband) angekündigt unter dem sinnigen Titel «Allianz für vernünftige Gesundheitsprävention» (sic! – wohl das Gegenteil von Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention). Direkte Zielscheibe dieses Kreuzzuges sind die aktuell diskutierten Programme in den Bereichen Alkohol, Tabak und Ernährung/Bewegung. Die Kampagne der Wirtschaftsverbände will aber vor allem eines: das vorgeschlagene Präventionsgesetz, das im Sommer in die Vernehmlassung geschickt werden soll, verhindern.

Ziel des Präventionsgesetzes ist es, die vielen verschiedenen Gesetze, Verordnungen und Reglemente, die seit dem Epidemienengesetz von 1876 erlassen wurden, zu modernisieren. Dabei sollen die Kompetenzen neu definiert werden, die der Bund in Zukunft haben soll, wenn es um die Erhaltung und Förderung der Gesundheit der Schweizer Bevölkerung geht. Das neue Gesetz wird insbesondere einen rechtlichen Rahmen schaffen für die nichtübertragbaren Krankheiten, d. h. die degenerativen und chronischen Krankheiten, die immer mehr überhandnehmenden Zivilisationskrankheiten in unserer Gesellschaft. Die Prävention dieser Krankheiten führt zum einen über die Veränderung der Ver-

hältnisse im sozialen Umfeld (z. B. Bevorzugung gesunder Lebensmittel gegenüber energiereichen; Schaffung von Anreizen für mehr Bewegung). Zum anderen führt sie über die Informationen, die das Individuum zu Verhaltensänderungen und zu einem gesunden Lebensstil motivieren soll. Präventionsprogramme mit einer Palette von Massnahmen, die Verhältnis- und Verhaltensprävention verbinden, haben sich in der Vergangenheit als sehr wirksam erwiesen – so etwa bei der Zahnhygiene, bei HIV oder in der Tabakprävention.

Zugegeben: Die Prävention von chronischen Krankheiten kann Einschränkungen in der individuellen Freiheit mit sich bringen. In einer entwickelten Gesellschaft wie der unseren braucht es dafür eine vertiefte, demokratische Auseinandersetzung. Diese wichtige Debatte soll aber nicht von den Herstellern und Verkäufern jener Produkte beherrscht werden, auf die die Präventionsmassnahmen abzielen. Sonst macht man den Bock zum Gärtner.

Die Tatsache, dass das Präventionsgesetz bald in die Vernehmlassung kommt, lässt vermuten, dass die Verunglimpfung von Thomas Zeltner und des BAGs erst ein Anfang ist. Es ist mit einer Ausweitung einer Kampagne zu rechnen, die sich als freiheitsliebend ausgibt, im Kern aber die direkten wirtschaftlichen Interessen jener Kreise schützen will, die ihr Geld mit gesundheitsschädlichen Produkten verdienen.

Es ist zu hoffen, dass Ärzte, Pflegepersonal, Apotheker sowie alle, die für die Gesundheit der Bevölkerung arbeiten, sich in diese Debatte einmischen und ihre Rolle als legitime Verteidiger der Gesundheit der Bevölkerung wahrnehmen. Unter der Federführung der Fachorganisation «Public Health Schweiz» bildet sich eine Allianz, die diese Kräfte bündelt. Auf der Website www.public-health.ch kann eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet werden.

Es ist eine der grössten und schönsten Freiheiten, über einen funktionierenden Körper und Geist zu verfügen. Es ist wohl auch jene Freiheit, die den Menschen am wichtigsten ist. Gerade weil wir heute tagtäglich mit negativen Auswirkungen unserer Umwelt und unseres Lebensstils konfrontiert sind, haben die im Gesundheitswesen Tätigen die Verantwortung, die Freiheit, die von der Gesundheit ausgeht, zu stärken, manchmal auch gegen die Freiheit der Wirtschaft und der Industrie.

Korrespondenz:
Prof. Fred Paccaud
Institut universitaire de médecine
sociale et préventive
CHUV
CH-1011 Lausanne